

13. Januar 2009

Städtische Wohnungsbaugesellschaften für den Klimaschutz in Berlin unverzichtbar

Die Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Katrin Lompscher, und die Staatssekretärin für Stadtentwicklung, Hella Dunger-Löper, haben heute gemeinsam mit den Geschäftsführern bzw. Vorständen der sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften eine Klimaschutzvereinbarung unterzeichnet. Die sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden bis 2010 die CO₂-Emissionen ihrer 268.000 Wohnungen um mindestens 10 Prozent gegenüber 2006 vermindern, dies entspricht einer Reduzierung von rund 56.000 Tonnen pro Jahr.

„Da im Gebäudebestand trotz der bisherigen erheblichen Modernisierungsmaßnahmen der Wohnungsunternehmen immer noch Einsparungspotenziale zu erzielen sind, sind die heute abgeschlossenen Vereinbarungen von besonderer Bedeutung. Die Wohnungsbaugesellschaften leisten damit einen wichtigen Beitrag für den Berliner Klimaschutz und sind gleichzeitig Vorbild für den Berliner Wohnungsmarkt. Ich freue mich über den heutigen Abschluss. Mit den Vereinbarungen sind wir auf einem guten Weg zur Umsetzung unserer Klimaziele“, so Berlins Umweltsenatorin Katrin Lompscher bei der Unterzeichnung.

Bereits im Dezember 2007 hatte der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) eine übergreifende Klimaschutzvereinbarung mit dem Land Berlin im Rahmen des Landesenergieprogramms 2006-2010 abgeschlossen, um das Land Berlin bei der Erreichung seiner Klimaschutzziele zu unterstützen. Entsprechend dieser Vereinbarung sollen bis 2010 die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 30 Prozent gesenkt werden. Von 2006 bis 2010 sollen in allen 695.000 Wohnungen der BBU-Mitgliedsunternehmen Einsparungen von 106.000 Tonnen CO₂ erreicht werden. Diese Klimaschutzvereinbarung wird nun mit dem heutigen Abschluss von Einzelvereinbarungen mit den sechs städtischen Wohnungsunternehmen DEGEWO, GESOBAU AG, GEWOBAG, HOWOGE, Stadt und Land, WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH konkretisiert.

Staatssekretärin Hella Dunger-Löper: „Diese Klimaschutzvereinbarungen zeigen, dass sich Berlin auf seine Wohnungsbaugesellschaften verlassen kann. Sie sind das Fundament der nachhaltigen Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung und vorbildhaft bei der Umsetzung der energiepolitischen Ziele des Landes.“

„Energieeinsparung muss bezahlbar bleiben“

„Mittlerweile sind 85 Prozent der von städtischen Wohnungsbaugesellschaften bewirtschafteten Wohnungen vollständig oder teilweise modernisiert. Trotzdem bestehen noch weitere Möglichkeiten zur Energieeinsparung“,

so Michael Niestroj, Geschäftsführer der Stadt und Land Wohnbauten GmbH und Sprecher der städtischen Wohnungsbaugesellschaften. „Wir setzen dabei auf die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen. Denn Energieeinsparung muss bezahlbar bleiben. Andernfalls droht eine Überforderung unserer Mieter.“

Schwerpunkt sei die weitere Steigerung der Energieeffizienz in den Wohngebäuden. Mit der Optimierung von Heizungsanlagen, der Umstellung auf klimafreundliche Heizenergieträger, aber auch mit der Verbesserung der Wärmedämmung, neuen Fenstern und dem Bezug von Ökostrom ließen sich weitere Klimaschutzpotenziale erschließen, so Niestroj. „Davon profitieren vor allem unsere Mieter, weil wir dem Betriebskostenanstieg entgegenwirken.“ Auch mit der energetischen Verbesserung ganzer Wohnsiedlungen trügen die städtischen Wohnungsunternehmen zum Klimaschutz bei, wie die sanierten Plattenbau-Bestände z.B. in Hohenschönhausen, Marzahn und Hellersdorf, aber auch in Pankow, Mitte und Friedrichshain zeigten. Zur Zeit werde das Märkische Viertel mit 13.000 Wohnungen als größtes deutsches Energiesparprojekt modernisiert.

Seit 1990 haben die städtischen Wohnungsbaugesellschaften 12,1 Milliarden Euro in die Instandhaltung und Modernisierung ihrer Wohnungen investiert. Allein bis 2005 verminderten sie die CO₂-Emissionen ihrer 268.000 Wohnungen um mehr als 243.000 Tonnen auf rund 704.000 Tonnen. Mit den Klimaschutzvereinbarungen verpflichten sich die sechs Gesellschaften nun, die Emissionen bis 2010 um weitere 56.000 Tonnen zu reduzieren.

Bei Rückfragen an den BBU wenden Sie sich bitte an:

Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)

Michaela Liebezeit

PR und Verbandskommunikation

Telefon: 030/897 81-123

Mail: michaela.liebezeit@bbu.de

www.bbu.de